Nr. 214 XXVII. Jahrgang

Sonnabend, 9. August 1919

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13536, 13567, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2000. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Die 34 mm breite Petitzeile kostet 75 Pf., die 78 mm breite Reklamezeile M. 3.00, mit Platzvorschrift M. 3.— plus Teuerungszuschlag 10 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Auf Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche, amtliche Bekanntmachungen 10 % Gouvernementszuschlag. Briefanzeigen 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Kreisdruckschriften und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.70, vierteljährlich M. 5.10.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 1.70, vierteljährl. M. 5.10
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.85, „ „ 5.55
Postbezug im Ausland s. Entsagung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.00, nach dem Ausland M. 1.00.
Einzelnummer wochentags 15 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

Die Regierung des Erzherzogs Joseph

Die aus Budapest eingetroffenen Nachrichten besagen, daß in Ungarn verhältnismäßig Ruhe herrscht und die öffentliche Ordnung wiederhergestellt ist. Die neugebildete Regierung hat nach der Meinung informierter Kreise nur provisorischen Charakter. Das endgültige Kabinett soll erst durch Szvassy als Ministerpräsidenten gebildet werden. Seine Betrauung durch Erzherzog Joseph wird erfolgen, sobald erst eine gewisse Klarheit darüber gewonnen ist, aus welchen Parteien eine lebensfähige Regierung gebildet werden kann und ob eine wirklich sozialistische Koalition möglich ist.

Die Stellung des Erzherzogs Joseph ist noch nicht geklärt. In der Proklamation, die in Budapest angeschlagen worden ist, heißt es lediglich, daß die Ententemächte ihm die oberste Gewalt in Ungarn übertragen haben. Es verlautet, daß Erzherzog Joseph es vorläufig ablehnt, sich zum Regenten ausrufen zu lassen, da er für eine republikanische Verfassung in Ungarn eintrete und sich zum Präsidenten der Republik wählen lassen wolle, um einen neuen Bürgerkrieg in Ungarn zu vermeiden. Ob es dabei bleiben wird und ob nicht auf Drängen der Adelspartei doch eine Regentschaft des Erzherzogs eingesetzt wird, muß sich in den nächsten Tagen entscheiden.

Für unwahrscheinlich wird es gehalten, daß der Erzherzog lediglich die Rolle eines Platzhalters für Kaiser Carl übernehmen wird. Seine Beziehungen zu den übrigen Mitgliedern des Habsburger Hauses sind sehr schlecht, und es ist bekannt, daß Erzherzog Joseph über Kaiser Carl sehr hart geurteilt hat. Er ist der Meinung, daß eine Wiederkehr der Habsburger nur möglich ist, wenn die Person Kaiser Carls, die stark kompromittiert ist, ausgeschaltet wird.

Ueber die Mitglieder der Regierung des Erzherzogs erfahren wir folgendes:

T. Wien, 8. August. (Eig. Drahtbericht.) Der vorläufige Ministerpräsident Stephan Friedrich gilt als ein ehrlicher Demokrat, und ist bei den Arbeitern beliebt. Der Minister des Aeußern, General Dancsa, ist Exponent der militärischen Truppen, ebenso General Schnetzer. Dieser gilt als ein Mann mit der starken Hand, ferner auch Oberst Lorz, der früher Adjutant des Erzherzogs Friedrich war. Frühere Ministerialbeamte sind der Minister des Innern, Gamassa, und der Leiter des Finanzministeriums Dr. Grund, der auch in Wiener Finanzkreisen sehr bekannt ist, ferner Dr. Bela Saghan, der Justizminister ist, und der Ackerbauminister Györan. Der Minoritätsminister Dr. Bleyer, ist der Universitätsprofessor und Publizist.

⊙ Rotterdam, 8. August. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reutermeldung meldet: Die Alliierten erklären ihre Nichteinmischung in die inneren ungarischen Verhältnisse. Sie lehnen deshalb auch eine Monarchie in Ungarn nicht ab, sondern verlangen von jeder Regierungsgewalt nur die Bestätigung durch eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Volksvertretung.

Dieses Desinteressement scheint aber vor dem Putsch noch nicht bestanden zu haben, denn aus Wien wird gemeldet: Es stellt sich mehr und mehr heraus, daß der militärische Putsch in Budapest von französischer Seite unterstützt wurde, und daß an ihm sowohl die Szegediner Gegenregierung, wie auch mehrere nach Wien entsandte Politiker beteiligt waren. Es geht dies aus Aeußerungen des ehemaligen Ministers Martin Lovaszy hervor, der gemeinsam mit den Sozialdemokraten in Wien, gleichzeitig aber auch mit dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten Stephan Friedrich verhandelt. Lovaszy erklärte der Korrespondenz Exprest: Ich habe die Hoffnung, daß wir auf dem Wege der völligen Entwirrung sind. In dem Erzherzog Joseph habe ich nie den Habsburger gesehen, sondern den treuen ungarischen Bürger und den fühlenden Menschen. Joseph von Habsburg war einer der Ersten, die der unabhängigen Nationalregierung Ungarns den Treueid abgelegt haben."

•

Zur Internierung Bela Kuns

⊙ Wien, 8. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Chef der Entente-Kommission teilte gestern dem Staatsamt mit, daß die österreichische Regierung bei einer Entweichung Bela Kuns haftbar gemacht würde. Die Auslieferung an Ungarn werde nicht wegen politischer Delikte, sondern wegen gemeiner Verbrechen verlangt.

„Die kommunistische Regierung sitzt fest im Sattel"

✕ Helsingfors, 6. August. Das russische Nachrichtenbureau Westnik in Petersburg verbreitet folgenden Funkspruch: „Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß das verschiedenen Orts verbreitete Gerücht über angebliche Verhandlungen, die die Bildung einer Koalitionsregierung in Rußland bezwecken sollen, von Anfang bis zu Ende reine Erfindung ist. Ebenso sind die absurden Gerüchte von angeblichen Rückzugsabsichten Lenins vollständig lügenhaft. Die kommunistische Regierung sitzt fest im Sattel, ihr Sieg über Kolschak ist niederschmetternd. Nach ihm wird Denikin vom selben Los befallen werden. Im Innern geht die organisatorische, konstruktive Arbeit der Sowjetmacht allmählich vorwärts. Die russische kommunistische Revolution kämpft unentwegt weiter. Ihre Lage befestigt sich immer mehr. Sie denkt an kein Weichen."

Die Streiks

* Berlin, 8. August. Die allgemeine Lage im Streik in der Kali-Industrie ist unverändert, doch ist eine Besserung in der Haltung der Arbeiter festzustellen. Die Adler-Werke und das Werk in Salzmünde haben gestern die Arbeit wieder aufgenommen. Es streiken noch insgesamt 5500 Arbeiter. Die Verhandlungen gehen weiter. Man hofft, eine baldige Beilegung des Ausstandes herbeizuführen.

* Luzern, 8. August. Die Streikbewegung in der Schweiz flaut ab, obwohl in Basel und Zürich der Streik noch andauert. Ein gewaltiges Truppenaufgebot ist in Zürich bereitgestellt. In Basel wurde der Redakteur des „Vorwärts" verhaftet und gegen den „Vorwärts" militärgerichtliche Anklage erhoben.

✕ London, 7. August. (Reuter.) Der geschäftsführende Ausschuß des nationalen Eisenbahnerverbandes hat in einer Zusammenkunft in London beschlossen, keine Aktion zur Unterstützung des Polizeistreiks zu unternehmen und den Mitgliedern, die sich jetzt im Ausstande befinden, anzuempfehlen, sofort wieder zur Arbeit zurückzukehren. — Die Gemeindearbeiter haben, der „Times" zufolge, die Zustimmung zum Ausstand der Straßenbahnangestellten ausgesprochen und beschlossen, nach 24 Stunden die Arbeit niederzulegen, wenn die Forderungen des Straßenbahnpersonals und andrer Gemeindearbeiter nicht befriedigt werden. Infolge dieses Beschlusses wird allen Gemeindebediensteten, u. a. auch den Elektrizitätswerkangestellten, gekündigt werden.

✕ Washington, 6. August. (Reuter.) Vierzehn amerikanische Eisenbahnerverbände, die etwa zwei Millionen Arbeiter vertreten, haben der Eisenbahnverwaltung gemeinsam die Forderung auf sofortige Erhöhung der Löhne vorgelegt. Auf den New-Yorker Eisenbahnen und den Hochbahnen ist die Arbeit völlig eingestellt worden.

✕ Amsterdam, 7. August. Die englischen Blätter vom 5. d. M. bringen eine Reutermeldung aus Montreal vom 4. August, wonach 35 000 Arbeiter in den canadischen Eisenbahnwerkstätten aufgefordert worden sind, bis zum 24. d. M. darüber abzustimmen, ob sie ebenso wie die amerikanischen Arbeiter in den Ausstand treten wollen.

•

Hoover an die Bergarbeiter Europas

✕ Versailles, 7. August. „Matin" veröffentlicht einen Appell Hoovers an die Bergarbeiter Europas, nicht nur das zu tun, was sie tun könnten, sondern das, was sie tun müßten. Der Achtstundentag dürfe nicht zu einer Arbeitszeit von 7 oder 6½ Stunden herabsinken. Hoover läßt keinen Zweifel daran, daß Amerika Europa nicht von der Kohlennot befreien könne. Nach seiner Berechnung fehlen in diesem Winter 20 Millionen Tonnen Brennmaterial monatlich für die Versorgung Europas.

•

Ein interalliierter Rat für die Kohlenförderung

Der Oberste Wirtschaftsrat hat zur Regelung der Kohlenfrage als besondere Organisation für die europäischen Staaten den Interalliierten Rat für die Kohlenförderung und -verteilung beschlossen. Dieser Rat wird durch eine sehr scharfe Kontrolle der Bergwerke bemüht sein, die Produktion nach Möglichkeit zu heben, und da, wo die Kohlenförderung nicht intensiv genug ist, nachhelfen, ferner den Produzenten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen sowie eine große Auswanderungsbewegung augenblicklich arbeitsloser polnischer und tschechischer Arbeiter ins Leben rufen und durch freien Vertrag und Käufe versuchen, die Kohleneinfuhr aus Westfalen und Schlesien zu sichern, und zwar abgesehen von den Kohlenmengen, die Deutschland vertraglich zu liefern hat. Dieser interalliierte Kohlenrat wird aus je einem Vertreter aller interessierten Länder bestehen. Die erste Zusammenkunft erfolgt heute oder morgen.

Der „Temps" befürwortet die Bildung einer internationalen Gesellschaft aller interessierten Staaten, die vorerst die europäische Transportfrage regeln und alsdann die Kohlenverteilung organisieren soll. In dieser Gesellschaft soll jeder Staat gleichsam als Aktionär vertreten sein. Die Kohlenverteilung soll gleichfalls durch eine internationale Organisation geschehen, die vor allem die Ausbeutung der Kohlenbergwerke in den jetzt noch kritischen Gebieten Oberschlesiens und in Teschen übernehmen soll.

•

Gegen die Beziehungen mit den Deutschen

Der Ausschuß des nationalen Bergarbeiterbundes in Brüssel prüfte die Einladung des Sekretärs des internationalen Bundes Ashton zur internationalen Konferenz. Der größte Teil der Delegierten war dagegen, die Beziehungen mit den deutschen Bergleuten wieder anzuknüpfen. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, in dem Ashton aufgefordert wird, lediglich eine Konferenz der alliierten Länder einzuberufen.

Flüchtige Spartakiden

* Passau, 8. August. Aus dem Festungsgefängnis Oberhaus bei Passau sind gestern 25 politische Gefangene, die wegen Teilnahme an den Aufstandsbewegungen der Räterepublik vom Standgericht in München zu längeren Festungsstrafen verurteilt worden waren, ausgebrochen und geflüchtet. Drei von ihnen wurden gestern bei ihrer Ankunft auf dem Münchner Bahnhof verhaftet. Man fand bei einem von ihnen eine Liste der Mitgeflüchteten. Aus den Vernehmungen ging hervor, daß mehrere von ihnen in einem Vorort Münchens bereits ausgestiegen waren, andere sich in Unkenntnis der veränderten politischen Verhältnisse über Oesterreich nach Ungarn geflüchtet hatten.

Eichhorn in Weimar

G. Weimar, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Der unabhängige Abgeordnete Eichhorn, der sich als Berliner „Polizeipräsident" in den stürmischen Januartagen noch in der Erinnerung der breitesten Oeffentlichkeit befindet, ist plötzlich in Weimar aufgetauscht und war bei der heutigen Vollsitzung der Nationalversammlung bereits im Sitzungssaale anwesend. Eichhorn ist durch seine Immunität als Abgeordneter nicht gedeckt, weil die ihm zur Last gelegten Straftaten vor der Zeit liegen, in der er zum Abgeordneten gewählt ist. Für die Vernehmung vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin ist ihm bekanntlich freies Geleit durch den Reichswehrminister zugesichert worden. Nach der neuen Verfassung, die jeden Tag in Kraft treten kann, müßte Eichhorn, sofern man ihn jetzt festnehmen würde, sofort wieder freigelassen werden.

Gedungene Mörder in Wien

Die Wiener Blätter melden die Verhaftung eines Mannes, der von einer andern Person, deren Namen noch nicht bekannt ist, gedungen worden sein soll, den Präsidenten Seitz und den Staatskanzler Renner zu ermorden. Bisher ist es nicht gelungen, ein klares Bild der Angelegenheit zu gewinnen. Es besteht auch noch keine Sicherheit darüber, welches die Beweggründe des Mordplanes gewesen seien. Die polizeilichen Erhebungen erstrecken sich namentlich noch der Richtung, ob etwa weitere Personen an der Verschwörung beteiligt seien.

Die Unzufriedenheit in Triest

sob. Lugano, 8. August. (Eig. Drahtbericht.) Das befreite Triest wird das Schmerzenskind Italiens. Mit der Arbeitslosigkeit und der Not wächst die Gärung unter dem Proletariat. Die Gegensätze unter den verschiedenen Nationalitäten führten vorgestern abermals zu schweren Zusammenstößen zwischen den Dumdumarsen, den Karabinieri, Sozialisten, Bürgerlichen, Slowenen und Italienern. Es gab Tote und Verwundete. Man beschoß die slowenischen Schulen und Institute. Weiter wurden die Redaktionen des slowenischen Blattes „Edinost" und des sozialistischen „Lavoratore" gestürmt. — Nitti bekämpfte in der Kammer die leidenschaftlichen Gegensätze und die heftigen Zusammenstöße in Triest zwischen den italienischen Nationalisten und Reaktionären einerseits und den Sozialisten und Slowenen andererseits. Infolge von slowenischen Rufen „Nieder mit Italien! Hoch Oesterreich!" wurde die slowenische Redaktion verwüstet. Und der Arbeitskammer wurde auf bewaffnete Nationalisten und auf das Militär geschossen, die das Feuer erwiderten. Nitti wies den Statthalter von Triest an, in Gödörö für Versöhnung und Duldung der Nationalitäten unter den Parteien zu wirken. Unentstellt bleibt die tatsächliche Unzufriedenheit des größten Teiles der Arbeiterschaft Triests mit dem Anschluß an Italien, wodurch Triest schwer geschädigt wird.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen

Aus Köln meldet das Wolff-Bureau: Im Laufe dieser Woche sind auf dem Uebergangsbahnhof Deutz über 800 deutsche Kriegsgefangene eingetroffen, und zwar in englischen Baarettauto aus englischen Gefangenenlagern in Nordfrankreich insgesamt 755 Mannschaften, darunter 75 aus dem besetzten Gebiete.

Der zweite Transport von Kriegsgefangenen in Stärke von 850 Mann, die zur Erholung in der Schweiz waren, ist am 7. August in Frankfurt a. M. eingetroffen und nach kurzem Aufenthalt weitergeleitet worden.

•

Auf der Auslieferungsliste

* Genf, 8. August. In der französischen Presse werden immer neue Namen von deutschen Schuldigen genannt, die vor das Gericht der Verbündeten gestellt werden sollen. Der neueste ist General v. Heinrich, Kommandant von Lille. Man nennt ferner einen Hauptmann Walther aus Magdeburg, der sich vorübergehend in Lille aufhielt und während dieser Zeit Wertsachen und Pelze im Werte von 50 000 Franken entwendet haben soll.

•

Die gesunkene Valuta

* Luzern, 8. August. Zu dem schweren Kurssturz der Mark in der Schweiz hat nach Schweizer Blättern die angekündigte Aufhebung der Devisenordnung und Abstempelung der Banknoten in Deutschland beigetragen, jedenfalls aber auch die Streik- und Putschgefahren in Deutschland. Die Mark steht heute auf 33 Centimes, während sie im Frieden auf 125 Centimes stand.

•

Deutschland darf es zahlen

✕ London, 6. August. (Reuter.) Das Unterhaus hat Resolutionen angenommen, in denen allen britischen und Dominion-Streitkräften für ihren Kriegsdienst und Foch für seine dem britischen Volke erwiesenen wertvollen Dienste der Dank ausgesprochen wird. Außerdem hat das Unterhaus den Geldgeschenken an verschiedene Befehlshaber zur See und zu Lande im Gesamtbetrage von 585 000 Pfund Sterling, darunter je 100 000 Pfund Sterling für Haig und Beatty, zugestimmt. Die Arbeiterpartei hatte beantragt, die Gesamtsumme auf 200 000 Pfund Sterling herabzusetzen. Dieser Antrag wurde aber mit 298 gegen 68 Stimmen abgelehnt. Der Kasernenbautrag wurde mit 274 gegen 64 Stimmen angenommen.

•

Die Besetzung von Malmedy

Havas und Reuter melden: „Soir" teilt mit, daß das Ministerium des Auswärtigen in Brüssel heute ein Telegramm von Foch erhalten habe, worin Belgien eingeladen wird, das Gebiet von Malmedy, das durch den Friedensvertrag dem belgischen Gebiete angeglichen wurde, militärisch zu besetzen und in Verwaltung zu nehmen.

Die neue Reichsverfassung

Von Oberbürgermeister Koch (Cassel)

Mitglied der Nationalversammlung

Nachdruck verboten

„Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt ihr Charakterbild." Das trifft von der Verfassung zu. Aber „in der Geschichte", so hoffe ich, wird es weniger schwanken als im Tagesstreit. Wenn man die Vertreter der Rechten, zu der man in dieser wie in so vielen andern Fragen auch leider die Deutsche Volkspartei zählen muß, hört, so ist sie ein oberflächliches Machwerk, das rücksichtslos aus doktrinären Gesichtspunkten mit einer großen Vergangenheit aufräumt. Und wenn die Vertreter der äußersten Linken zu Worte kommen, so erfährt man, daß sie den Stempel der fluchwürdigen Vergangenheit an der Stirn trage und keine einzige in die Zukunft weisende Idee hervorbringe. Die Wahrheit liegt in der Mitte. Eine Anknüpfung an die Staatsform der Vergangenheit ist schlechterdings unmöglich. Denn die Revolution hat sie niedergerissen, und der Kampf um ihre Wiederherstellung darf nicht wieder aufflammen. Es ist ein eigenartiges Bild, wenn der Abgeordnete Heinze in seiner Rede zur dritten Lesung der Verfassung von der Notwendigkeit der Zusammenfassung aller Kräfte spricht und seine Partei gleichzeitig durch die Betonung des monarchischen Grundgedankens die tiefste Spaltung im Volke aufrechterhält und das schwerste Mißtrauen innerhalb der Arbeiterschaft sät. An eine Wiederaufrichtung des alten Gebäudes war nicht zu denken. Aus den Trümmern aber sind manche Bausteine, die noch unversehrt und brauchbar waren, aufgelesen. Auf der andern Seite aber ist es eine völlige Verkennung der Dinge, wenn man glaubt, die Arbeit an der Verfassung sei dazu da, solche Ideale zu verkünden, die bisher innerhalb des Volkes und innerhalb der Welt noch nicht aufgestellt und anerkannt worden sind. Jede Verfassung kann nichts bringen, als die Besiegelung alter Ideale. Auch die große französische Revolution hat nur die Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt, die durch die Philosophen des 18. Jahrhunderts Nährboden im französischen Volke gefunden hatten. Was darüber hinaus innerhalb der Revolution an Sinngebilden aufgetaucht war und vielfach an die phantastischen Einfälle der alleräußersten Linken erinnert, hat sich nicht halten können. Kein Zweifel, daß in unserer Zeit auf wirtschaftlichem Gebiete gärende Gedanken vorhanden sind, die sich auf die Dauer wohl nicht sämtlich als Utopien erweisen werden. Aber ebenso unmöglich ist es, diese Gedanken in einer Verfassung niederzulegen. Den Abschluß einer wirtschaftlichen Entwicklung, die Jahrzehnte brauchen wird, innerhalb der wenigen Monate einer Verfassungsberatung künstlich herbeizuführen, hätte eine lebensunfähige Frühgeburt ergeben und wäre eine Vermessenheit gewesen. Die Verfassung kann nur die festen Grundlagen schaffen, auf denen in geordneten staatlichen Bahnen an der weiteren Entwicklung gearbeitet werden kann. Diese Grundlagen sind Reichseinheit und Demokratie.

Die Reichseinheit. Es ist die Einheit eines verstümmelten Körpers. Aber dieses Leid, das Krieg und Frieden uns gebracht haben, vermag die Verfassung nicht zu ändern. Sie kann nur zusammenschließen, was verblieben ist. Der Zusammenschluß des Reiches in der neuen Verfassung ist fester als in der alten. Die alte betonte die Rechte der Bundesstaaten. Ob Bismarck das notgedrungen oder gern getan hat, ist schwer zu sagen. Als die Verfassung erging, erschien ihm die Lösung als opportunistisch und unbefriedigend. Als alter Mann hat er den bundesstaatlichen Charakter des Reiches gern betont. Der bundesstaatliche Charakter des Reiches ist in der neuen Verfassung in den Hintergrund getreten. Zwar ist nicht der volle Einheitsstaat erreicht, aber wir sind auf dem sichern Wege zu ihm. Erreicht ist in der Verfassung eine erhebliche Erweiterung der Zuständigkeit des Reiches auf allen Gebieten. Am wichtigsten ist die Uebertragung des Verkehrswesens, des Steuerwesens und des Heerestwesens auf das Reich. Aber sogar in den Schul- und Kirchenfragen sowie in Fragen des Beamtenrechtes ist eine obere Gesetzgebung des Reiches gesichert. Wichtig ist ferner die Möglichkeit, die Zuständigkeit des Reiches jederzeit, unbekümmert um das Widerstreben der Bundesstaaten, durch verfassungsänderndes Reichsgesetz zu erweitern, was früher in der Theorie bestritten war und in der Praxis am Widerstande des Bundesrates (jetzt Reichsrat) scheiterte. Weiter ist an Stelle des als Reichsregierung völlig unmöglichen vielköpfigen Bundesrates ein Reichsministerium mit verantwortlichen Reichsministern getreten. Auf dem Gebiete der Gesetzgebung ist das Veto-Recht des Bundesrats, jetzt Reichsrats, durch eine bescheidene Mitwirkung des Reichsrats ersetzt. Die alte Klage über mangelhafte Ausführung der Reichsgesetze durch die Bundesstaaten ist dadurch ausgeräumt, daß dem Reiche bei der Ausführung der Reichsgesetze ein weitgehendes Aufsichts- und Eingriffsrecht zuerkannt worden ist. Und endlich mag hervorgehoben werden, daß die Nationalversammlung sich entschlossen hat, die Bundesstaaten nicht mehr mit diesem Namen oder dem neugebildeten, nach der Gebietskunde riechenden Namen „Gliedstaaten" zu belegen, sondern ihnen die alte deutsche Bezeichnung „Länder" zu geben.

Das ist etwas mehr als eine bloße Namensbezeichnung. Deutsche Staaten gibt es erst seit 1806. Vorher waren sie Territorien oder auf deutsch „Länder", wie denn man noch heute von „Landesherr", „Landesgesetzgebung", „Landtag" spricht. Im Rahmen der neuen Reichsverfassung die Staaten zu bezeichnen, ist auch deswegen nicht mehr richtig, weil die wichtigste Be-